



An die Vorsitzende des Hauptausschusses

Frau Bürgermeisterin Maria Unger
Berliner Str. 70

33330 Gütersloh

CDU-Fraktion
Moltkestr. 56
33330 Gütersloh
Tel.: 9170945
fraktion-rat@cdu-guetersloh.de

Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN
Böttchergasse 4
33330 Gütersloh
Tel.: 26533
fraktion@gruene-guetersloh.de

UWG-Fraktion
Julius-Leber-Str. 1
33332 Gütersloh
Tel.: 54482
info@uwg-guetersloh.de

14. November 2013

**Anfrage zum Stand der Umsetzung des Grundsatzbeschlusses zur Haushaltskonsolidierung
vom 12. Juli 2013**

Sehr geehrte Frau Unger,

Sie werden gebeten dem Hauptausschuss des Rates der Stadt Gütersloh in seiner nächsten Sitzung am 18. November 2013 unter dem Tagesordnungspunkt Fragen der Ausschussmitglieder die folgende Anfrage vorzulegen:

Nach derzeitigem Kenntnisstand wird die Verwaltung für das Jahr 2014 keinen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Der im Juli 2013 vom Rat mehrheitlich gefasste Grundsatzbeschluss zur Haushaltskonsolidierung, in dem für 2014 ein nachhaltig strukturell ausgeglichener Haushalt gefordert wurde, wird demnach von der Verwaltung nicht umgesetzt.

Der Grundsatzbeschluss trug der Tatsache Rechnung, dass die Unternehmen in Form höherer Hebesätze und die Bürgerinnen und Bürger in Form von Einschränkungen bei den freiwilligen Leistungen in den vergangenen Jahren bereits erhebliche Beiträge zur Haushaltskonsolidierung geleistet haben.

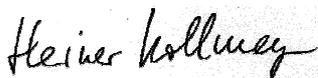
Hauptaugenmerk muss daher auf einer Konsolidierung im Bereich der städtischen Strukturkosten – insbesondere der Sach- und Personalkosten – liegen.

Dazu sollte zum Beispiel geprüft werden, ob frei werdende Stellen zwingend neu besetzt werden müssen. Effizienz sollte gefördert sowie Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit ausgelotet werden. Beispielhaft wurden von der Politik im Hauptausschuss Zusammenarbeit mit Kreis und/oder anderen Kommunen in den Bereichen Bauhof, Winterdienst und Straßenreinigung genannt, da diese Aufgaben nicht an den Stadtgrenzen halt machen. Zudem wurde angeregt, den Einkauf von Maschinen gemeinsam vorzunehmen. Auch über den möglichen gemeinsamen Einkauf von Jugendhilfeleistungen wurde gesprochen. Ergänzend wurde im Finanzausschuss am 09. Juli 2013 beantragt, das Einsparpotenzial bei Ausschreibungen und bei der Beschaffung von sachlichen Mitteln und Leistungen zu überprüfen. Weitere Beispiele könnten angeführt werden.

Vor dem Hintergrund der nun für 2014 prognostizierten Deckungslücke von ca. 7 Mio. Euro fordert die Plattform Plus die Bürgermeisterin auf darzulegen:

1. was aufgrund des Grundsatzbeschlusses vom Juli 2013 konkret unternommen worden ist, um Sach- und Personalkosten zu reduzieren.
2. was noch geplant ist, um Sach- und Personalkosten zu reduzieren.
3. welche Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit ausgelotet wurden und mit welchen Ergebnissen.

Mit freundlichen Grüßen



Heiner Kollmeyer
Fraktionsvorsitzender CDU



Marco Mantovanelli
Fraktionssprecher
Bündnis 90/Die Grünen



Peter Kalley
Fraktionsvorsitzender UWG